

Der Klub der Deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hält es daher für seine Pflicht, seine Stimme zu einem ausdrücklichen Protest zu erheben und die Regierung für die unabsehbare Verschleppung der Einberufung des Parlaments verantwortlich zu machen: eine Verantwortung, die dadurch nicht geringer würde, wenn ihre Politik darin bestünde, sich als der Gefangene der deutschbürgerlichen Parteien an Problemen abzumühen, die mit dem Parlament gewiß mit großer Mühe, ohne das Parlament aber überhaupt nicht gelöst werden können. Das verderbliche Wort von den „notwendigen Voraussetzungen“ für die parlamentarische Tätigkeit wird niemanden täuschen.